Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 19 (1999)

Heft: 38

Artikel: Globalisierung und die Ohnmacht der Nationen : eine Herausforderung an die Linke

Autor: Krätke, Michael R.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652265

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Michael R. Krätke

Globalisierung und die Ohnmacht der Nationen

Eine Herausforderung an die Linke

„Regierungen regieren, die Ökonomie, respektive das Kapital herrscht!" Das ist, in einem provozierenden Satz, die zentrale politische Botschaft des herrschenden Globalisierungsdiskurses. Wir erleben den Niedergang, wenigstens den Anfang vom Ende des Nationalstaats, mithin auch der nationalstaatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik, des Interventions- und Sozialstaats – mehr noch, die tradierten Formen der Demokratie, die nun einmal historisch an den Nationalstaat gebunden sind, stehen auf dem Spiel (vgl. z.B. Narr/Schubert 1994; Guéhenno 1995; Strange 1996). Diese Weisheit erscheint auf den ersten Blick ganz plausibel: In einer Ökonomie, die immer „globaler" wird, deren wichtigste Akteure sich durch lokale oder nationale Grenzen nicht mehr aufhalten lassen, kann eine Form der Politik nicht lange bestehen, die an ein „Territorium", ein eindeutig im geographischen Raum verortetes, durch politisch definierte Grenzen bestimmtes „Staatsgebiet" gebunden ist. Mit den Grenzen, so scheint es, verliert auch der Staat, der sie setzt und bewacht, zwar nicht seine Funktionen, aber eben leider seine Funktionsfähigkeit, die genau an die Logik der Ein- und Ausgrenzung, der strikten Trennung von „Innen" und „Außen" gebunden ist. Staaten, die ihre Grenzen anderen, staatlichen und vor allem nicht-staatlichen, privaten Akteuren gegenüber nicht mehr wirksam als Handlungsschranke geltend machen können, verlieren nach alteuropäischer Vorstellung ihre „Souveränität". Also werden wir uns mit der politischen Ohnmacht der Nationen abfinden und nach anderen, der neuen Globalität angemessenen Politikformen umschauen müssen.

Diese Botschaft, wie auch die fast gleichlautende Botschaft vom „Ende der Nationalökonomie" im Zeitalter der „Globalisierung" stellt eine recht gewagte Übertreibung dar. Genauso wie die kühnen Behauptungen von der „Entgrenzung" der Ökonomie oder vom „Ende der Geographie", die von vielen Enthusiasten der Globalisierung verkündet werden. Eine Übertreibung, keine schlichte und vollständige Unwahrheit. Denn die politische und ökonomische Bedeutung von Territorien und Grenzen hat sich in der Tat verändert. Verschwunden oder im Schwinden begriffen sind sie deshalb nicht, ebensowenig wie der Staat. Grenzen sind die Folgen der Aufteilung der Welt, ihrer zunächst kollektiven und politischen, dann privaten Aneignung. Sie sollen ausschließen und fernhalten, zugleich aber das, was durch das Ziehen von Grenzen auseinander gehalten wird, zusammen- und in Kontakt bringen. Funktionierende Grenzen sind seit alters her Grenzen, die offen und durchlässig sind, einen grenzüberschreitenden Verkehr ermöglichen.[1]

Staatsgrenzen haben ihre Geschichte, die Techniken der Be- und Entgrenzung wie die Techniken der Grenzkontrolle haben sich immer wieder gewandelt. Sie sind heute durchlässiger, zugleich beweglich und flexibel

geworden. Die Technik der Begrenzung beziehungsweise der Grenzkontrolle ist den neuen Kommunikationstechnologien, die das Überschreiten beziehungsweise Unterlaufen traditioneller Grenzen erlauben, gefolgt. Dennoch bestehen wichtige Grenzen fort, vor allem die, die nicht räumlich existieren, sondern zum Beispiel in den Köpfen wie die Grenze der Nationalität oder „Staatsangehörigkeit". Grenzen wie Größe oder geographische Lage des Staatsgebiets haben die überragende Bedeutung, die sie in der Frühzeit der Nationalstaaten hatten, längst verloren. Sie sind nicht mehr entscheidend für die Macht oder Ohnmacht eines Nationalstaats. Dennoch kommt die Nachricht vom „Ende des Nationalstaats" und vom „Ende der Nationalökonomie" entschieden zu früh.

Weltökonomie und Staatensystem

Von Anfang an ist das, was wir den modernen Kapitalismus nennen, nicht auf Europa allein beschränkt, sondern ein „Weltsystem" gewesen (s. Wallerstein 1974, 1980, 1989); zunächst eines des Welthandels, der nicht zwischen Nationalökonomien und Nationalstaaten, sondern zwischen Städten, städtischen Handelsrepubliken und deren agrarischen Hinterländern auf der einen, kleineren und größeren „Reichen", Imperien ohne feste Grenzen in diversen Weltregionen auf der anderen Seite stattfindet. Dieser Fernhandel zu Land und zur See ist in der Tat ein „Welthandel", da er sehr unterschiedliche, geographisch weit auseinanderliegende soziale „Welten" und ganze „Reiche" miteinander verbindet (Teile Europas, Amerikas, Afrikas, Asiens; vgl. Conert 1998). Der Aufstieg und Sieg des Territorialstaats in Europa, der zum ersten Mal ein „Staatensystem" hervorbringt, hängt mit der „agrikolen" und Handelsrevolution des 17. und 18. Jahrhunderts zusammen. Die Umgestaltung des Territorial- zum Nationalstaat – vorwiegend im 19. Jahrhundert – hängt wieder mit dem Aufstieg des industriellen Kapitalismus zusammen, nicht zuletzt mit der Entdeckung, dass kapitalistische Produktion auch für einen wohlorganisierten Binnenmarkt lohnend sein kann. Die historischen Formen des Kapitalismus sind allesamt bereits auf den Weltmarkt orientiert; kapitalistische Produktion in der bereits „kommerzialisierten", marktorientierten und ansatzweise „industrialisierten" Agrikultur wie in der neuen Großen Industrie der Fabriken und Fabrikstädte ist immer schon Produktion für den Export, zum Teil sogar erheblich stärker als das heute der Fall ist (vgl. Kenwood / Lougheed 1992; Bairoch 1996).

Wo und soweit sich die Einflüsse des Weltmarkts – das heißt in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts vor allem des britischen Industriemonopols – und die Rivalität der großen Territorialstaaten bemerkbar machen, beginnen Regierungen, die Wirtschaft auf ihrem jeweiligen Territorium als eine „Nationalökonomie" zu betrachten. Reine „Nationalökonomien" sind in der Geschichte des Kapitalismus immer Ausnahmen gewesen; genau genommen kann man nur „Kriegswirtschaften", territoriale Ökonomien im Belagerungszustand als reine Nationalökonomien bezeichnen, die notge-

drungen in die politisch beziehungsweise militärisch gezogenen Grenzen eines bestimmten Herrschaftsgebiets eingebunden sind und das auch einige Zeit lang bleiben. Autarkie, Unabhängigkeit von den Weltmärkten war immer ein politisch und militärisch bestimmtes Ziel, das nur wenige Länder (wie die USA, aber auch die Sowjetunion) annähernd erreichen konnten.

Das Prinzip des souveränen Territorialstaats, später Nationalstaats, ist in Europa erfunden und gegen andere, konkurrierende politische Formen – die Stadtstaaten und Städtebünde, die keine Grenzen anerkennenden Reiche, die nicht territorial gebundenen, universalistischen Mächte wie die Kirche – durchgesetzt worden. Nationalstaaten entstehen und bestehen nur im Kontext eines Staatensystems – in einer Welt, die von ihresgleichen, eben anderen Nationalstaaten gebildet wird. Zum ersten Mal ist das uns heute so selbstverständliche Prinzip des „souveränen" Nationalstaates, der von anderen als gleicher unter gleichen anerkannt wird und sich die „Einmischung" in seine durch räumliche und sachliche Grenzen definierten „inneren Angelegenheiten" prinzipiell verbitten kann, vor 350 Jahren mit dem Westfälischen Frieden etabliert worden (vgl. Spruyt 1994; Held 1996). Diese Erfindung hat sich zunächst in Europa durchgesetzt und dann einen weltweiten Siegeszug angetreten. Auf den Zerfall der letzten Groß- und Kleinreiche, der Vielvölkerstaaten, ist überall – wie in Europa nach dem Ende des ersten Weltkriegs – die Bildung einer Vielzahl kleinerer, dem Anspruch nach souveräner Nationalstaaten gefolgt.

Ebenso sind aus der Auflösung der vormals europäisch dominierten Kolonialreiche eine Vielzahl von Nationalstaaten, souverän und klar territorial, wenn auch nicht ethnisch begrenzt, hervorgegangen. Auch die politische Transformation der vormaligen Sowjetunion beziehungsweise Jugoslawiens ist diesem alteuropäischen Muster weitgehend treu geblieben. Daher umfaßt unsere Staatenwelt heute weit mehr „souveräne", formell selbständige Einheiten als noch vor fünfzehn Jahren. Zu Anfang des Jahrhunderts, in den Hochzeiten des Imperialismus, als die europäischen Nationalstaaten um die Aufteilung der Welt in Kolonialreiche wetteiferten, konnten sich nur die Weltregionen gegen den imperialistischen Zugriff behaupten, in denen bereits eine der europäischen ähnliche, nach europäischem Vorbild gebildete Struktur von Nationalstaaten etabliert worden war (Lateinamerika bildet das Hauptbeispiel). Damals gab es weltweit ca. fünfzig „souveräne" Nationalstaaten, heute sind es über zweihundert. Das, was heute „Globalisierung" genannt wird, findet auf dem vorläufigen Höhepunkt der nationalstaatlichen Entwicklung statt.

Die Macht dieser Nationalstaaten ist im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts ununterbrochen gewachsen; den entscheidenden Sprung nach vorn haben wir in den letzten fünfzig Jahren erlebt. Heute sind Nationalstaaten nicht nur die weltweit dominante politische Form, sie sind auch als mehr oder minder entwickelte Wohlfahrts- und Interventionsstaaten heute weit stärker, weit kompetenter, weit handlungsfähiger als je zuvor. Ihre administrative und regulative Kapazität ebenso wie ihre „infrastrukturelle Macht", die das Alltagsleben von Millionen Menschen direkt vom Vorhandensein

und Funktionieren einer Vielzahl „öffentlicher Einrichtungen“ (von der Post bis zu Krankenhaus und Schulen) abhängig macht, übersteigt heute in den entwickelten Industrieländern (grob gesagt in den OECD-Mitgliedsländern) alles, was davor bekannt war. Man kann etwa mit gutem Recht auf die sinkende Steuermoral und die immer ungleichere Verteilung der Steuerlasten in den entwickelten kapitalistischen Ländern schimpfen. Dennoch bleibt die erstaunliche Tatsache, dass die reichen, nationalen Wohlfahrtsstaaten des „Nordens“ noch immer Jahr für Jahr zwischen 40 und 50 Prozent des Nationaleinkommens in Form von Steuern und Abgaben einkassieren, daher und dank der permanenten Staatsverschuldung auf hohem Niveau über die Verwendung von bis zu 60 Prozent des Sozialprodukts in erheblichem Maße mitbestimmen. In den OECD-Ländern werden heute (1998/99) im gewichteten Mittel fast 40 Prozent des BSP vom Staat in Form von „öffentlichen Ausgaben“ verwendet, über 38 Prozent regelmäßig in Form von Steuern und anderen Abgaben eingesammelt.

Eine derartige auch ökonomische Machtfülle von demokratisch verfaßten Nationalstaaten galt den Ökonomen des vorigen Jahrhunderts (mit Staatsquoten von deutlich unter 10 Prozent) als völlig undenkbar; sie wurde noch in den sechziger Jahren dieses Jahrhunderts, in den Hochzeiten des Interventionsstaats, als die OECD-Länder sich bereits mehr als ein Fünftel des BSP in Form von Steuern aneigneten, Frankreich, Deutschland und Großbritannien bereits mehr als ein Drittel des BSP in die „öffentlichen Hände“ zu nehmen pflegten, als krasse Utopie betrachtet. Alle „Grenzen“ des Staates, die in der Geschichte der Ökonomie wieder und wieder formuliert und postuliert worden sind, haben die reichen Sozialstaaten des Nordens mittlerweile weit hinter sich gelassen, ohne dass die Staaten oder die jeweiligen Nationalökonomien darüber zusammengebrochen wären.

Nationalstaaten dominieren die Weltpolitik, aber es wäre mehr als naiv, sich diese in „(neo)realistischer“ Weise als bloßes Zusammenspiel souveräner Nationalstaaten vorzustellen. Nicht nur der Weltökonomie, sondern vor allem der Vielzahl inter- und supranationaler Organisationen wegen, die daran beteiligt sind. Das sind sie allerdings nicht erst in jüngster Zeit: Äußerst einflußreiche Organisationen wie IWF, Weltbank, OECD, GATT (WTO) sind vor gut fünfzig Jahren entstanden, das heißt von einem zu Anfang recht exklusiven Klub von Nationalstaaten gegründet worden. Die EU beziehungsweise ihre Vorläuferorganisationen sind vor gut vierzig Jahren zustande gekommen. Einige dieser Organisationen – wie z.B. die Internationale Rheinkommission, die 1815 eingerichtet wurde, um die „internationale“ Schiffahrt auf dem Rhein zu regulieren – sind noch weit älter. Sie alle stellen den organisierten Versuch dar, wichtige Teilbereiche der Weltökonomie wie den internationalen Handel, den internationalen Geldverkehr, die internationalen Kapitalbewegungen usw. einer staatlichen Kontrolle und Regulierung zu unterwerfen.

Das gelingt aber nur, soweit die Nationalstaaten selbst, wenn nicht alle, so doch die wichtigsten, zu einer festen, regulären Form der Kooperation gebracht werden können – was sie eben nur wieder selbst tun können. Die

Zahl der alten und der neuen IGO (Inter-Gouvernementale Organisationen) wie die der alten und neuen NGO (Nicht-Gouvernementale Organisationen) ist seit Anfang des Jahrhunderts und ganz besonders in den letzten zwanzig Jahren stürmisch gewachsen (auf heute weit über 3000 beziehungsweise mehr als 15000). Sie sind heute die bei weitem zahlreichsten Akteure der Weltpolitik. Handlungsfähig sind heute Staaten nur noch, wenn sie zumindest an den wichtigsten IGO beteiligt sind, von denen gerade die wichtigsten (wie die G7, G8, G9, G10 usw.) nach wie vor einen recht informellen Charakter haben. Die Weltpolitik ist dadurch unübersichtlicher und vielgliedriger, nicht unbedingt „polyzentrischer" geworden (vgl. im Überblick Kobrin 1997).

Auch wenn diese größtenteils schon bejahrten Organisationen sich seit ihren Anfängen ganz erheblich verändert haben,[2] so gilt doch immer noch, dass sie nur *dank* und *durch* die Nationalstaaten handlungsfähig sind, die sie tragen, finanzieren, die ihnen Autorität übertragen und die sich ihrer Autorität unterwerfen – oder auch nicht. Weltpolitik wird noch immer in allererster Linie von Nationalstaaten gemacht; in fast allen internationalen Organisationen herrscht das Prinzip der Gleichheit der souveränen Nationalstaaten – one state, one vote – , wenn auch nicht ungebrochen, fort. Nationalstaaten waren und sind die hauptsächlichen politischen Akteure, und das wird auch in absehbarer Zeit so bleiben. Eines allerdings hat sich in der Weltpolitik in den letzten Jahrzehnten gründlich verändert: Es gibt – anders als früher – keinen einzelnen Nationalstaat mehr, der noch ganz allein die Rolle des „Hegemon", der unbestrittenen Führungsmacht, dank seines erdrückenden ökonomischen, politischen und militärischen Übergewichts, zu spielen vermöchte.

Auch die USA haben diese Rolle seit einiger Zeit verloren, obwohl sie immer noch eine, genau genommen die einzige Weltmacht sind. Und die exklusiven Clubs der „führenden" Nationen, die G7- oder G10-Länder, vermögen diese Rolle auch nicht ohne weiteres zu spielen. Insofern ist die heutige Staatenwelt weit weniger einfach strukturiert, anders gesagt: komplizierter geworden als je zuvor. Was aber daran liegt, daß erstens die großen „historischen Blöcke" der Weltpolitik sich vorläufig aufgelöst haben,[3] daß zweitens die Ungleichheiten der Macht zwischen den großen Industrieländern der vormaligen „ersten Welt" kleiner geworden sind in genau dem Maße, wie es schwieriger wurde, Monopole (finanzielle, militärische, technologische, kommerzielle usw.) zu erreichen beziehungsweise aufrecht zu erhalten. Wie in früheren Zeiten gibt es auch heute etliche „souveräne" Nationalstaaten, deren faktische Autonomie sehr begrenzt ist, darunter einige, die von mächtigen Nachbarstaaten abhängig sind (wie zum Beispiel die Niederlande von Deutschland oder Kanada von den USA) und von diesen als ihre Einflußzone, ihr angestammter Hinterhof betrachtet und behandelt werden (wie z.B. die Republik Mexiko von den Vereinigten Staaten). Einige Nationen und Staaten sind in der Tat ohnmächtig gegenüber den Kräften des Weltmarkts. Und einige überleben ausschließlich als künstliche, gemachte und geduldete „Inseln" oder „Nischen" des Weltver-

kehrs beziehungsweise der internationalen Finanzmärkte. Die Offshore-Märkte, die freien Handels- und Wirtschaftszonen, die Steueroasen sind von Nationalstaaten kreiert worden – auch und gerade in Europa. Und nur Nationalstaaten sind imstande, diese Form der Staatenkonkurrenz zu regulieren oder zu beenden.

Globalisierung als politisches Projekt

Märkte wie Weltmärkte fallen nicht vom Himmel, sie werden gemacht. Nicht zufällig beschreibt der jüngst als Prophet der Globalisierung vielgepriesene Marx den Prozeß der Entstehung des Weltmarkts als eine „*Herstellung des Weltmarkts*", als „Tendenz, den *Weltmarkt* zu schaffen". Um einen Weltmarkt zustande zu bringen, braucht es „Markt-schaffen" in großem Stil, ein Prozeß, an dem private Unternehmer ebenso wie nationale Staaten und staatlich organisierte und geförderte, in vielen Teilen der Welt operierende „Kapitalgesellschaften" beteiligt sind.[4] Marx sieht und betont den Prozeß und dessen aktive Elemente, die Staaten und die Privatunternehmen, die Märkte, Weltmärkte ebenso wie mehr oder minder homogene „Binnenmärkte" machen. Tatsächlich werden die verschiedenen historischen Phasen der Globalisierung (wie der Deglobalisierung) von den politischen Projekten großer Akteure beherrscht, die die „Welt" oder zumindest Teile davon erobern und nach ihren Vorstellungen ordnen wollen. Stets stehen sie im Konflikt mit rivalisierenden Mächten, die ganz ähnliches versuchen. In früheren historischen Phasen der „Globalisierung" waren die Nationalstaaten und deren Rivalitäten die treibenden Kräfte; heute sind nicht sie es, sondern die Multi- und Transnationalen Konzerne, die die Verwandlung der Welt in einen universellen Markt mit möglichst gleichen Konkurrenzbedingungen betreiben.[5]

In den sechziger und siebziger Jahren wurde, nicht zum ersten Mal, die These von der Weltherrschaft der multinationalen Konzerne verkündet – damals als Kontrapunkt zur Botschaft von der kommenden ökonomischen Weltherrschaft „der Japaner" oder „der US-Amerikaner". Daher, so hieß es, sei die Souveränität der Nationalstaaten, selbst der größten und wirtschaftlich stärksten, in Frage gestellt und auf die Dauer im Schwinden begriffen (vgl. z.B. Vernon 1970). Da diese Prophezeiung sich trotz der eindrucksvollen Entwicklung der multinationalen Konzerne keineswegs erfüllt hat, kann sie von Zeit zu Zeit wieder hervorgeholt werden. So geschah es zu Anfang der achtziger Jahre, als die Vordenker der Business Schools, die in der Tat so etwas wie einen weltweiten Einheitsstil der Unternehmensführung zu verbreiten suchen,[6] den Managern der Multis Globalisierungsstrategien – Globalisierung der Märkte, des Marketing, Globalisierung der Produktionsketten, Globalisierung der Forschung und Entwicklung – empfahlen.[7]

Bis heute sind nur wenige Multis diesen guten Ratschlägen gefolgt. Dafür sind im Laufe der siebziger und achtziger Jahre eine ganze Reihe von neuen Weltmarktspielern auf der Bildfläche erschienen – allerdings in der eher traditionellen Form von Nationalökonomien, die von überaus aktiven

Nationalstaaten zur Exportoffensive getrieben wurden. Die Erfolgsgeschichte der Neuen Industrieländer Südostasiens ist durchgehend eine Geschichte systematischer und hartnäckiger Staats"intervention". Ihr Aufstieg fällt genau in die Periode der angeblich weltweiten Deregulierung und „Liberalisierung" (vgl. Weiss/Hobson 1995). Die Welle der Deregulierung, die zum heutigen „globalen" System der internationalen Finanzmärkte geführt hat, beginnt mit dem Zusammenbruch der „alten" Weltwährungsordnung (nach dem Bretton Woods Abkommen von 1944) zu Anfang der siebziger Jahre. Allerdings begannen fast gleichzeitig, in den Jahren 1973/74 nämlich, auch die ersten organisierten Bemühungen, um die aus den Fugen geratene kapitalistische Weltwirtschaft wieder zu ordnen. Zum Beispiel wurde 1974 das BCBS (Basle Commitee on Banking Supervision) gegründet, an dem neben der BIZ die Vertreter der Zentralbanken der G10-Länder beteiligt sind; bis heute hat diese Organisation drei große internationale Verträge (Konkordate) zur Regulierung des internationalen Bankgeschäfts (1979, 1983 und 1988) zustande gebracht, Verträge, die heute weltweit gelten, selbst in den Ländern, die sogenannte Offshore-Bankplätze eingerichtet haben. Im gleichen Jahr (1974) entstand auch das IOSCO (International Organization of Securities Commissions) , eine Organisation, in der Vertreter der Börsenaufsicht aus den wichtigsten kapitalistischen Ländern zusammenarbeiten.

Ebenfalls zu Anfang der siebziger Jahre wurden die ersten Schritte auf dem langen Weg zu einer neuen europäischen Währungszone getan. Im intra-regionalen Handel, der für die EU-Länder die mit weitem Abstand wichtigste Form des Welthandels darstellt, ebenso wie im intra-regionalen Kapitalverkehr (die bei weitem wichtigste Form des Kapitalexports) ist der Euro heute schon Rechengeld und Zahlungsmittel. 1994/95 wurde die alte, schwächliche Verhandlungsstruktur des GATT von der vergleichsweise kräftigen und handlungsfähigen Welthandelsorganisation WTO abgelöst. Mit dem zu Recht kritisierten und vorläufig zu Fall gebrachten MAI-Abkommen hat die OECD sich zum ersten Mal als Regulierungsbehörde für den weltweiten Kapitalverkehr versucht. Das Projekt der „Globalisierung" wird also von einigen Multis ebenso wie von etlichen Nationalstaaten, von IGO und selbst NGO betrieben. Davon, daß „die Globalisierung" quasi als Naturgewalt über die nichtsahnenden Nationalstaaten gekommen sei, kann im Ernst keine Rede sein.

Der Mythos vom machtlosen Staat

Keine Regierung, kein Fürst und kein Parlament können sich der Elementargewalt des Weltmarkts widersetzen, Preise, Löhne, Zinsen und Wechselkurse werden auf dem Weltmarkt bestimmt und die Regierungen können sich dem nur beugen. Das war für die „merkantilistischen" Ökonomen des 16. und 17. Jahrhunderts bereits eine gängige Vorstellung.[8] Die unerhörte Mobilität des Kapitals macht das Regierungsgeschäft schwieriger, schützt zugleich die bürgerlichen Gesellschaften vor allzu großer Willkür und

Torheiten der Regierenden, da das Kapital jederzeit abwandern, das heißt, außer Landes gehen kann. Das war die gängige Ansicht unter den politischen Ökonomen im 18. Jahrhundert, zu einer Zeit, wo die großen wie die kleinen Nationalstaaten in Europa wie in Übersee miteinander um Kolonien, um Märkte, um Kapital, aber ebensogut um die begehrten Arbeitskräfte der Spezialisten mit allen Mitteln konkurrierten.[9] Was im gegenwärtigen „Globalisierungsdiskurs" also den Ton angibt, ist eine altehrwürdige Vorstellung, die das ökonomische Denken seit den frühesten Zeiten des modernen Kapitalismus prägt. Wie eh und je sind die Staaten und Regierungen die Adressaten solcher Warnungen.

Wie so oft wird die heute beliebte Vorstellung des zur Ohnmacht verdammten Nationalstaats durch Übertreibungen gewonnen. Angeblich waren die Nationalstaaten in früheren Zeiten autonom, konnten sie Geldmenge, Zinsen, Wechselkurse, Löhne und Preise (beziehungsweise Inflationsraten) nach Belieben bestimmen. Heute soll es dagegen ganz anders sein: die Zentralbanken auch der größten und mächtigsten Länder hätten längst jeden Einfluß auf die internationalen Finanzmärkte verloren. Diese Behauptung beruht auf einer kuriosen, historisch völlig uninformierten und sachlich falschen Vorstellung von dem, was sich im internationalen Geldverkehr, auf den Finanzmärkten abspielt. Seit es so etwas wie Weltmärkte, daher auch Weltgeld gibt, sind die nationalen Zentralbanken nie „autonom" gewesen; das waren sie selbstverständlich auch nicht auf den „Binnenmärkten". Noch nie haben andererseits nationale Zentralbanken einzeln oder im Verein mit anderen Zentralbanken so oft und so kräftig auf den Weltfinanzmärkten eingegriffen wie in den letzten zwanzig Jahren. Finanzkrisen, wie sie sich in jüngster Zeit häufen, sind bislang alle nur dank massivster Staatsintervention (von nationalen Zentralbanken wie vom IWF) abgebremst beziehungsweise überwunden worden.

Die beliebte Vorstellung, Nationalstaaten hätten heute keine andere Wahl, als sich der erbitterten „Standortkonkurrenz" um das weltweit verfügbare, angeblich grenzenlos mobile Kapital zu unterwerfen, ist abstrus: Erstens ist der weitaus größte Teil dieses Kapitals alles andere als mobil beziehungsweise beliebig mobilisierbar, selbst Finanzanlagen der großen institutionellen Anleger sind das nicht. Zweitens brauchen die Länder, die zu einer solchen Konkurrenz in der Lage wären, sich darauf nicht einzulassen, da das Kapital, um das es geht, sich bereits in diesen Ländern und faktisch so gut wie nur dort befindet. Die Länder, die Auslandskapital in der Tat brauchen, sind zu einer Standortkonkurrenz nicht in der Lage beziehungsweise brauchen sie nicht, weil sie die angeblich alles entscheidenden „Standortvorteile", also niedrige Löhne, niedrige Steuern, keine „Soziallasten" und einen schwachen Staat ohnehin schon haben. Nur nützt ihnen das nichts. Drittens ist der Teil des weltweit vorhandenen Kapitals, der tatsächlich mobil, also jederzeit ohne größere Kosten und/oder Verluste mobilisierbar ist, weit überwiegend fiktives Kapital, mit dem sich für wirkliche Investitionen kaum etwas anfangen läßt; es eignet sich nur zur (Re-)finanzierung spekulativer und kurzfristiger Anlagen (in der Regel unter 8 Tagen).

Für diese Abteilungen der Finanzmärkte, die alles andere als rational agieren, mögen „Bekenntnisse zum Markt“ und ähnliche Floskeln ja wichtig sein. Eine Standortpolitik, die reale und langfristige Investitionen beeinflussen könnte, ist dagegen ohne einen starken Staat nicht zu haben.

Es gibt eine ganze Reihe von Indizien dafür, daß die Nationalstaaten so machtlos nicht sind. Zum Beispiel die Tatsache, daß das angeblich globale Kapital nichts Wichtigeres zu tun hat, als sich ununterbrochen mit ihnen zu beschäftigen. Die Multinationalen Konzerne gelten als „Global players”, die sich um die Politik einzelner Nationalstaaten nicht mehr zu kümmern brauchen beziehungsweise diese jederzeit gegeneinander ausspielen können. Das stimmt weder im traditionellen „nationalen“ Rahmen noch international. Tatsächlich sind die Multis gerade in jüngster Zeit außerordentlich bemüht, sich mit den Nationalstaaten zu verständigen. Sie waren schon immer politische Akteure, aber seit Anfang der achtziger Jahre treten sie im Verein, in organisierter Form, als kollektive politische Akteure der Weltpolitik auf. Die wichtigsten internationalen Organisationen der Multis sind heute die ICC (International Chamber of Commerce) mit mehr als 7000 Konzernen aus 130 Ländern, die ERT (European Round Table), die aus den Topmanagern der größten europäischen Multis besteht; der USCIB (United States Council for International Business) als US-amerikanisches Gegenstück; und der erst 1995 gegründete TABD (Transatlantic Business Dialogue), in dem die Vertreter von über 100 der größten Multis aus EU-Europa und den USA mit Regierungsvertretern kooperieren, das heißt gemeinsam Politik machen mit dem Ziel, einen integrierten „transatlantischen“ Markt zu schaffen. Es sind diese hochorganisierten, außerordentlich finanzkräftigen und professionell geführten Organisationen, die seit vielen Jahren als Lobbyisten, als Politikberater und Einflußgruppen hinter wie vor den Kulissen der Weltwirtschaftspolitik agieren und die WTO wie die Weltbank und den IWF regelmäßig und erfolgreich unter Druck setzen. All diese politischen Zusammenschlüsse (die Liste läßt sich erheblich verlängern) betreiben das gegenwärtige politische Projekt der Globalisierung und benutzen dazu die genannten Weltbilder.

Angst vor der Globalisierung – wie diese, die gegenwärtig die Linke in allen europäischen Ländern lähmt – entsteht, sobald man sich den Aberglauben an die Allmacht des „globalen“ Kapitals und die Ohnmacht des „nationalen“ Staats zu eigen macht. Dafür gibt es keinen vernünftigen Grund. Globalisierungsschübe sind in der Geschichte des Kapitalismus immer wieder auf politische Gegenbewegungen gestoßen. Gegenwärtig formieren sich diese eher auf der national gesinnten Rechten als auf der Linken. Da die Anführer des Globalisierungsprojekts außer ihrer abstrusen Marktideologie nichts zu bieten haben, braucht es heute mehr denn je eine Linke, die einen klaren Kopf behält.

Anmerkungen

1 Hermetisch abgeriegelte Grenzen, Grenzmauern werden nur gegenüber denjenigen errichtet, die man als Barbaren bezeichnet, mit denen man keinen Verkehr haben will. Das sind in europäischer wie chinesischer Tradition die Nomaden, die Völker, die keinen Staat und keine Agrikultur haben.

2 Die bei weitem wichtigste Veränderung stammt aus den vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts: Bei der Gründung der Vereinten Nationen wurden zahlreiche IGO in die neue Struktur integriert, d.h. zu formellen Unter- und Nebenorganisationen der UN gemacht.

3 Mit Ausnahme der Europäischen Union sind die heutigen politisch-ökonomischen Blöcke in der kapitalistischen Welt außerordentlich schwach organisiert und stellen in der Regel keine handlungsfähigen Einheiten dar. Auch die EU unternimmt erst seit kurzem verstärkte Anstrengungen, um nach „außen" als geschlossen handelnder Block aufzutreten.

4 So Marx in den Manuskripten aus den Jahren 1857/58 und im *Kapital* (Vgl. MEW 25, 277; MEW 29, 360; MEW 42, 321).

5 "Gleichheit der Konkurrenzbedingungen" für alle Marktakteure, das ist die Interpretation der universellen Menschenrechte, die dem modernen Kapitalismus eigen ist.

6 Ist schon die herrschende Lehre der Mikro- und Makroökonomie heute weit uniformer als je zuvor, die Betriebswirtschaftslehre, insbesondere der Kanon von Sozialtechniken zur Beherrschung von Unternehmen und Märkten, die dem Management-Nachwuchs beigebracht werden, ist es noch weit mehr.

7 Als Locus classicus der neuen frohen Botschaft an die Multis, sich doch bitte als Global Players zu verhalten, gilt heute Levitt (1983).

8 Als Locus classicus für diese merkantilistische Vorstellung vom „universal market of the world"gilt gemeinhin Thomas Smith' *Discourse of the Commonweal of this Realm of England* von 1581.

9 Eine kurze und pointierte Darstellung dieses Gedankengangs der politischen Ökonomen findet sich bei Hirschman 1977 (dt. 1980).

Literatur

Bairoch, Paul, 1996: Globalization. Myths and Realities. In: Robert Boyer / Daniel Drache (eds): States Against Markets. London – New York

Conert, Hansgeorg, 1998: Vom Handelskapital zur Globalisierung. Münster

Guéhenno, Jean-Marie, 1995: The End of the Nation State. Minneapolis

Held, David, 1996: Democracy and the Global Order. Cambridge

Hirschman, Albert O., 1977: The Passions and the Interests. Princeton

Kenwood, A.G. / Lougheed, A.L., 1992: The Growth of the International Economy 1820 – 1990. New York

Kobrin, Stephen J., 1997: The Architecture of Globalization: State Sovereignity in a Networked Global Economy. In: John H. Dunnig (ed): Governments, Globalization and International Business.Oxford – New York

Levitt, Theodor, 1983: The Globalization of Markets. In: Harvard Business Review, May-June

Narr, Wolf Dieter / Schubert, Alexander, 1994: Weltökonomie. Die Misere der Politik. Frankfurt/M.

Spruyt, Hendrik, 1994: The Sovereign State and its Competitors. Princeton

Strange, Susan, 1996: The Retreat of the State. Cambridge

Vernon, Ray, 1970: Sovereignity at Bay. New York

Wallerstein, Immanuel, 1974, 1980, 1989: The Modern World System. I, II, III. New York

Weiss, Linda / Hobson, John, 1995: States and Economic Development. Cambridge